

Die EU braucht Schweizer Spitzenforschung

Von Magdalena Martullo-Blocher — Schweizer Hochschulen sind im internationalen Vergleich Spitze. Die Europäische Union hat jedes Interesse, weiterhin mit ihnen zusammenzuarbeiten. Politische Zugeständnisse, um bei EU-Bildungsprogrammen dabei zu sein, sind nicht nötig.

Der Wohlstand der Schweiz basiert hauptsächlich auf Innovation. Da wir keine Bodenschätze haben, können wir nur mittels findiger Ideen und unserer Arbeitskraft Mehrwert für den Einzelnen, die Gesellschaft und das Land generieren. In der Schweiz wird Forschung zu zwei Dritteln von privaten Unternehmen und zu einem Drittel von der öffentlichen Hand betrieben und finanziert. Der private Anteil ist im internationalen Vergleich hoch. Fast die Hälfte der privaten Forschung erfolgt in der Pharma- und Chemieindustrie, ein weiteres Viertel in der Maschinen- und Hightech-Industrie. Danach folgen die Lebensmittel- und die IT-Branche.

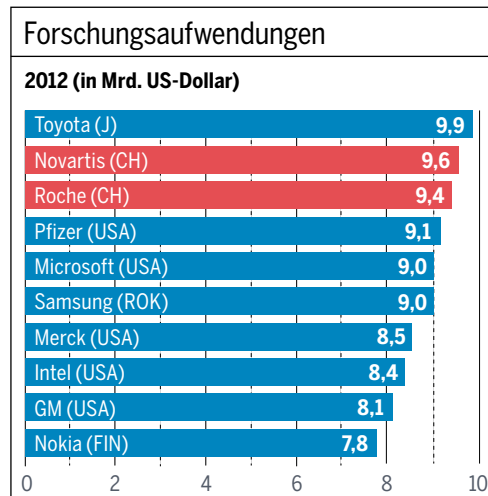
Kaum ein Land gibt mehr für Bildung aus Wertschöpfung und Wohlstand werden aber nur dann generiert, wenn erarbeitetes Wissen erfolgreich in den Märkten umgesetzt wird. Diese Rolle kommt wiederum den Unternehmen zu. Die Schweiz hat also dann am meisten Nutzen aus der Forschung, wenn Wissen gewinnbringend von Schweizer Unternehmen vermarktet werden kann. Aufgrund des kleinen Heimmarktes stehen Exportmöglichkeiten natürlich im Zentrum.

Die Schweiz nimmt bezüglich ihrer Innovationskraft Spitzenplätze ein. Sie hat für ein entwickeltes Land einen hohen Industrieanteil (höher als Deutschland) und verfügt über innovative Branchen. Kleine und mittlere Betriebe beschäftigen mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmer. Diese Betriebe verfügen weder über Grössenvorteile noch über eine globale Marktmacht. Deshalb sind sie, speziell wenn sie exportieren, auf Innovation angewiesen. Zudem ist unser praxisnahes duales Bildungssystem mit seiner Durchlässigkeit (Lehre, Berufsmatura, höhere Schulen) exzellent. Das lassen wir uns auch etwas kosten. Nur fünf Länder auf der Welt geben pro Einwohner mehr für Bildung aus als die Schweiz. Unter den zehn Unternehmen mit dem grössten Forschungsbudget der Welt befinden sich fünf amerikanische Unternehmen, mit Novartis und Roche aber auch zwei Schweizer Unternehmen.

Auch die Schweizer Hochschulen sind im internationalen Vergleich top. Die beiden ETH in Zürich und in Lausanne sowie die Universität St. Gallen gehören zu den besten der Welt. In den Bewertungen liegen sie gleich hinter den Spitzenuniversitäten der USA und Gross-



Innovation: Unternehmerin Martullo-Blocher.



Schweizer Unternehmen sind ganz vorne dabei.

britanniens. Andere europäische Hochschulen findet man hingegen bestenfalls im Mittelfeld. Zudem publizieren Schweizer Forscher im Verhältnis zur Einwohnerzahl weltweit am meisten. Auch werden Schweizer Publikationen nach US-Publikationen so häufig wie keine anderen international zitiert. Weiter werden in der Schweiz pro Einwohner so viele Patente wie in keinem anderen Land ausser Japan registriert. Die Schweizer Forschung ist im weltweiten Vergleich also Spitze!

Einfach und unbürokratisch

In der Forschung arbeiten Schweizer Unternehmen und Hochschulen eng zusammen. Ein wichtiges Instrument, speziell für kleinere und mittlere Unternehmen, ist die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) des Bundes, die anwendungsorientierte For-

schung und Entwicklung im Bereich Technik und Naturwissenschaften unterstützt. Pro Jahr fördert die KTI mit einem Budget von hundert Millionen Franken mehr als 300 solcher Projekte. Die Vergabe funktioniert einfach und unbürokratisch. Da die geförderten Unternehmen aber mindestens die Hälfte der Projektkosten selber bezahlen müssen, wählen sie Projekte, von denen sie auch einen ansprechenden Nutzen erwarten. Unabhängige Untersuchungen zeigten deutliche und rasche Erfolge dieser Projekte.

Gute Hochschulen sind international vernetzt. Jede Universität wählt sich dabei diejenigen Partner, die in einem bestimmten Forschungsgebiet über die grössten Kompetenzen verfügen. Deshalb arbeiten Schweizer Forscher am häufigsten mit amerikanischen Hochschulen zusammen. Bezüglich der Zusammenarbeit mit europäischen Hochschulen beteiligt sich die Schweiz seit Jahren an den Forschungs- und Bildungsprogrammen der EU. Zwar hat die Schweiz nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative vor einem halben Jahr noch keine Massnahmen umgesetzt, die die Personenfreizügigkeit mit der EU tangieren. Im Gegenteil hat sie sogar noch Kroatien bezüglich des freien Personenverkehrs integriert. Dennoch hat die EU nun die Schweiz bei ihren Forschungs- und Bildungsprogrammen auf den Status eines Drittstaates zurückgestuft (Programme «Erasmus+» und «Horizon 2020»).

Angebot der EU

Bei «Horizon 2020» hat die EU inzwischen zwar realisiert, dass sie auf die Assoziierung mit der Schweiz gar nicht verzichten kann. Sie bietet ihr darum nun eine «zeitlich und inhaltlich beschränkte Assoziierung» an. Voraussetzung soll aber sein, dass bedeutende «Fortschritte» bezüglich dem institutionellen Verhältnis Schweiz-EU erzielt werden. Die Schweiz soll künftiges EU-Recht automatisch übernehmen und die EU-Gerichtsbarkeit akzeptieren. Auf diese Forderung darf die Schweiz keinesfalls eingehen.

Das Studentenaustauschprogramm «Erasmus» ist Teil des EU-Programms «Lebenslanges Lernen und Jugend in Aktion». Die Schweiz hat sich daran bisher mit jährlich zwanzig Millionen Franken beteiligt. Gemäss den Verhandlungen sollen es aber ab diesem Jahr 31 Millionen sein, falls die Assoziierung der Schweiz zustande kommt. Aber nur ein

Drittel dieses Geldes (bisher knapp sieben Millionen Franken jährlich) kommt der Schweiz tatsächlich für ihren Studentenaustausch zugute. Mehr als ein Viertel frisst die Verwaltung in der EU und in der Schweiz auf, der Rest versickert für teilweise abstruse andere Projekte. Das «Erasmus»-Programm stellt sich für die Schweiz als teuer und zweckfremdet heraus.

Die Schweizer Hochschulen brauchen aber gar kein Programm «Erasmus+», um den Studentenaustausch zu pflegen. So hat die Universität Zürich Ende Juni bekanntgegeben, dass sie die bisherigen Austauschverträge mit europäischen Universitäten im Rahmen von «Erasmus» bereits zu 96 Prozent neu geregelt hat – direkt mit den betreffenden Universitäten. In den nächsten beiden Semestern können deshalb 300 Schweizer Studenten ins Ausland gehen, um dort zu studieren. Das ist nicht erstaunlich, denn Studentenaustausch findet immer gegenseitig statt. Und Schweizer Hochschulen sind wegen ihrer hohen Qualität beliebte Austauschdestinationen.

Nullsummenspiel

Die sieben Millionen Franken, die bisher aus der EU für den Studentenaustausch an die Schweiz zurückflossen, sind ein Klacks im Vergleich zu den sechs Milliarden Franken, mit denen der Bund jährlich Bildung, Forschung

und Innovation fördert. Diese Summe kann die Schweiz problemlos selber aufbringen.

Wenn man die Forschungsprogramme der EU anschaut, fällt sofort auf, dass die Projekte der EU ohne Beteiligung der Schweiz kaum vorstellbar sind. Der Betrag, der diesbezüglich bisher aus der EU in die Schweiz zurückgeflossen ist, entspricht etwa dem jeweils einbezahlten Betrag. Zu berücksichtigen gilt es allerdings, dass bei diesem Nullsummenspiel der bürokratische Aufwand der Hochschulen für die EU-Programme nicht eingerechnet ist.

Die EU würde ihr Gesicht verlieren

Die EU bemängelte dennoch, dass die Schweiz überproportional profitiere. Darum erhöhte sie noch vor der Abstimmung über die Einwanderungsinitiative den vorgesehenen Schweizer Beitrag für das aktuelle Forschungsprogramm «Horizon 2020» auf 623 Millionen Franken pro Jahr. Das ist gegenüber den Vorjahren fast eine Verdoppelung und macht bereits zehn Prozent des gesamten Budgets des Bundes für Bildung, Forschung und Innovation aus. Es ist zumindest zweifelhaft, ob die Schweiz auf einen Schlag derart viele förderungswerte Projekte findet, die diesen Betrag an die EU rechtfertigen würden.

Der Bundesrat übersieht, dass die EU von der Schweizer Spitzenforschung abhängig ist

– nicht umgekehrt. Das zeigt sich am Beispiel der Flaggschiff-Projekte der EU. In der engen Auswahl standen hier sechs Projekte. Davon waren fünf entweder unter Schweizer Führung oder mit Schweizer Beteiligung. Als eines der zwei Flaggschiff-Projekte wurde schliesslich das Hirnforschungsprojekt «Human Brain Project» der ETH Lausanne gewählt. Bei diesem Projekt sind achtzig europäische Institutionen beteiligt, und zudem – wen wundert es – die Drittstaaten USA und Japan. Würde die EU die Schweiz bei ihren Forschungsprogrammen definitiv zurückstufen, würde sie ihr Gesicht verlieren. Denn die EU müsste dann eines ihrer zwei Flaggschiff-Projekte wieder in Frage stellen. Das kann sich die EU politisch keinesfalls erlauben.

Die beiden Forschungs- und Bildungsprogramme der EU, «Erasmus+» und «Horizon 2020», sind keine zusätzlichen Zugeständnisse an die EU wert.

Magdalena Martullo-Blocher
ist Konzernchefin der Ems-Chemie Holding AG. Bei diesem Text handelt es sich um eine gekürzte Fassung eines Referates anlässlich der Halbjahresbilanz-Medienkonferenz der Ems-Chemie.



Individuelle E-Shop-Lösungen: Auch das ist die Post.

Die Post bietet Ihnen E-Commerce-Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette an. Zum Beispiel E-Shop-Lösungen von schlanken, kostengünstigen Standardlösungen bis zum High-End-Shop. Selbstverständlich profitieren Sie auch von unseren Zustelloptionen wie SMS-Avisierung, Abend- und Samstagzustellung sowie dem 24-Stunden-Paketautomaten My Post 24. Alle Infos unter post.ch/e-commerce.

DIE POST 
Gelb bewegt.